

Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für einen leistungsfähigen werksärztlichen Dienst ist jedoch eine entsprechende Ausbildung der Mediziner die heute noch nicht ausreichend gewährleistet ist. Dazu gehört, daß Arbeitsmedizin Lehr- und Prüfungsfach für angehende Ärzte wird und Lehrstühle für Arbeitsmedizin an allen medizinischen Fakultäten eingerichtet werden. Neben der arbeitsmedizinischen Ausbildung aller Medizinstudenten steht die Notwendigkeit einer Weiterbildungsmöglichkeit für Spezialärzte der Arbeitsmedizin.

Die Forderung, daß der Betriebsarzt absolut unabhängig sein soll, daß er insbesondere nicht dazu da sein darf, die Berechtigung von Krankschreibungen durch andere Ärzte zu überprüfen, sollte Allgemeingut sein. Seine Stellung im Betrieb muß darüber hinaus nach meiner Ansicht so sein, daß er in der Lage ist, auch etwa die Gestaltung von Arbeitsplätzen nach arbeitsmedizinischen und arbeitsphysiologischen Gesichtspunkten durchzusetzen.

F.D.P.: Umfassende arbeitsmedizinische Versorgung notwendig

Die Frage der werksärztlichen Betreuung gliedert sich in zwei Komplexe:

1. Art und Umfang der ärztlichen Betreuung.
2. Durchführung, Organisation im Betrieb.

Die Beobachtung zeigt, daß in Betrieben mit werksärztlicher Betreuung die Zahl der Arbeitsunfälle und arbeitsbedingten Erkrankungen geringer ist als in Betrieben ohne arbeitsmedizinische Betreuung. Aus dieser Entwicklung muß geschlossen werden, daß viele der jährlich über zwei Millionen Betriebsunfälle trotz der Aufsicht der Gewerbeämter und Berufsgenossenschaften vermeidbar sind.

Die Voraussetzung, die Zahl der Betriebsunfälle zu vermindern, besteht in einer gesetzlichen Regelung, die den Betrieben die arbeitsmedizinische Betreuung zur Pflicht macht. Natürlich ergeben sich dadurch zusätzliche Kosten für den Einzelbetrieb. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen derartiger gesetzlich vorgeschriebener Maßnahmen ist mit Bestimmtheit wesentlich größer als der durch sie bedingte Kostenaufwand. Darüber hinaus ist die Erhaltung von Leben und Gesundheit ohne Zweifel ein Vorhaben, bei dem sich eine Kosten-Nutzen-Analyse erübrigt. Die F.D.P.-Landtagsfraktion begrüßt daher, daß die Bundesregierung ein „Gesetz über Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ vorbereitet.

Zur Durchführung einer wirkungsvollen werksärztlichen Betreuung gehören neben der Bekämpfung von Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen auch die prophylaktischen Maßnahmen zur Vermeidung von Unfällen und Erkrankungen, die im Großbetrieb leichter als im kleinen oder mittleren Betrieb durchzuführen sind. Durch die gemeinsame Inanspruchnahme von außerbetrieblichen Praxen durch mehrere kleine oder mittlere Unternehmen ist nach Meinung der F.D.P.-Fraktion das Problem einer umfassenden medizinischen Versorgung für alle Bereiche der Wirtschaft zu lösen.

Porträt der Woche

Vorbei ist die Zeit, da sich der Türhüter erst ihres Abgeordneten-Status' versichern mußte, ehe er die zarte, miniberockte Person mit dem langen blonden Haar in das Hohe Haus am Schwanenspiegel einließ. Vorbei sind auch die Zeiten, da sie von den Massenmedien in verständlicher Begeisterung über „das junge Blut“ zur „Miß Landtag“ erkoren wurde.

Inzwischen ist in die parlamentarische Arbeit der Anke Brunn, Diplom-Volkswirtin, wohnhaft in Köln-Lindenthal und mit 29 Lebensjahren die zweit-jüngste Abgeordnete, der Alltag eingezogen, sieht sie aus dieser Perspektive doch manches an ihrer Repräsentativfunktion nüchtern als fehlerhaft und reparaturbedürftig an.

Nicht, daß sich die leichte Kühle aus dem Norden (Hamburg), die zu ihrer SPD-Kandidatur kam „wie die Jungfrau zum Kind“ und die den Kölner Wahlkreis IV der weiland Katharina Focke (jetzt Staatssekretärin in Bonn) dann doch überzeugend gewann, Illusionen gemacht hätte. Ihr Soziologen-Wissen und ihr kluger Kopf, der hauptberuflich im Rechenzentrum der Kölner Universität die Computer programmiert, wird sie schon daran gehindert haben. Mit dem ihr eigenen Schwesterlichen Lächeln kann die Ehefrau (des 31jährigen Historikers Dr. Gerhard Brunn) und Mutter (des sechsjährigen Knaben Carl) sogar behaupten: „Obwohl jung und Frau – in einem gewissen Sinne hat man mich akzeptiert.“ Und das gilt nicht nur für die SPD-Fraktion, sondern auch für das Plenum, vor dem sie 1970 über das Kindergartengesetz ihre (erfreulich kurze) Jungferrede hielt – vom Jugendausschuß, in dem sie Vollmitglied ist, ganz zu schweigen.

Aber, und dieses „aber“ schreibt sie groß, inzwischen hat sie selbst erlebt, wie schwer es ist, im Landtag „politische Zielvorstellungen“ zu artikulieren und durchzusetzen. Ihre Zwischenbilanz nach fast zweijähriger Abgeordneten-Tätigkeit fällt denn auch gezügelt aus: „Es hat sich gelohnt, aber Nerven gekostet.“ Die „Schuld“ dafür lastet sie niemand persönlich, wohl aber dem parlamentarischen Regierungssystem an, das dem einzelnen Mandatsträger – von der Bürokratie der Regierung, aber auch der Gegen-Bürokratie der Fraktionen einengt – nur wenig Spielraum läßt



Anke Brunn (SPD)

und ihn zum „Lautbahnabgeordneten“ mediatisiert.

Nicht zufällig gehörte Anke Brunn daher auch zu jenen rund 30 jungen SPD-Parlamentariern, die im September 1970 den „Aufstand von Wanne-Eickel“ gegen das eigene Fraktions-Establishment probten. Bei der Probe ist es geblieben: Aus dem Impuls von damals, die Fraktion solle sich eine Geschäftsordnung geben, mehr und öfter über Grundsatzfragen diskutieren, wurde nichts – die jungen müssen mit den alten, manchmal allzu beharrenden Kräften weiterleben.

Wie es scheint, hat sich Anke Brunn damit abgefunden. Wie es scheint, hat sie demzufolge die Linien ihrer politischen Aktivitäten sowohl verkürzt als auch verlängert. Im Parlament – Beschränkung auf das Notwendige, nach dem Motto: „Der Jugendausschuß ist kein Volkstanzkreis, er bietet echte Möglichkeiten, etwas zu tun.“ In der Partei – Besinnung auf das Grundsätzliche, nach der Devise: „Die SPD sollte sich noch stärker als Klassenpartei profilieren.“

Sie, die ihre ersten politischen Erfahrungen an der Hochschule im SHB, in der Humanistischen Studentenunion und später im Republikanischen Club sammelte, sie, die ihre Zivilcourage in Bürgerinitiativen für Schüler- und Kinderläden unter Beweis stellte, trat 1967 der SPD bei, „um den Sachen mehr Effizienz zu verleihen“. Die nüchterne Abwägung von Aufwand und Ertrag ist Anke Brunns Sache, mögen sich auch die Relationen mitunter zuungunsten ihres Privatlebens und der wissenschaftlichen Arbeit verschieben. Ob sie 1975 wieder für den Landtag kandidieren will, wird sie sich daher wohl noch so manches Mal überlegen.

Dr. Dirk Bavendamm